Anlage 4
(zu § 10 Abs. 1 Satz 1)

Antrag auf Abschlagszahlung

A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde (Antragstellerin)

Gemeinde: .....

Gemeinde-ID: .....

Anschrift: .....

.....

Verwaltungsgemeinschaft: .....

Ansprechpartner: .....

Telefon/ Telefax: .....

E-Mail: .....

B. Allgemeine Angaben

1. Der nachfolgende Antrag auf Abschlagszahlung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme

   .....
   (insbesondere Angabe Ortsteil/Straßenname/Bezeichnung der Straßenausbaumaßnahme/Abschnitt/Teileinrichtung)

2. Die Straßenausbaumaßnahme wurde

   ☐ durch Einleiten des Vergabeverfahrens
   Nachweis durch Anlage(n)-Nr.: .....

   ☐ durch Beginn der technischen Herstellung durch eigenes Personal
   Nachweis durch Anlage(n)-Nr.: .....

   ☐ begonnen am: .....
   Nachweis durch Anlage(n)-Nr.: .....

3. Bei der Straßenausbaumaßnahme handelt es sich um folgenden Straßentyp:
   ☐ Anliegerstraße
   ☐ Haupterschließungsstraße
   ☐ Hauptverkehrsstraße

   ☐ Sonstiges, bitte auf gesondertem Beiblatt näher erläutern
   Nachweis durch Anlage(n)-Nr.: .....
   Nachweis durch Vorlage der am 31. Dezember 2018 geltenden Beitragssatzung
   Nachweis durch Anlage(n)-Nr.: .....

4. Die Antragstellerin beantragt für die Straßenausbaumaßnahme eine Ausgleichsleistung, die sich für die einzelnen Teileinrichtungen wie folgt zusammensetzt:

Teileinrichtung	Pauschale in Prozent	voraussichtliche berücksichtigungs-fähige Investitionskosten in Euro	voraussichtliche Ausgleichsleistung in Euro	beantragte Abschlags-Zahlung in Euro
Summe				

D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde

☐ Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.

☐ Es wird bestätigt, dass der beantragten Abschlagszahlung nur solche Investitionskosten zugrunde gelegt wurden,die nach § 8 ThürSABAusglVO berücksichtigungsfähig sind.

☐ Es wird bestätigt, dass die beantragte Abschlagszahlung ausschließlich Maßnahmen betrifft, für die nach der bis zum 31. Dezember 2018 geltenden Rechtslage Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften beziehungsweise erhoben worden wären. Bei der oben genannten Maßnahme, für die eine Abschlags-zahlung beantragt wird, handelt es sich ausdrücklich nicht um Maßnahmen für die Erschließungs-beiträge nach dem Baugesetzbuch erhoben werden können sowie um Maßnahmen für die laufende Straßenunterhaltung und Straßeninstandsetzung (§ 3 Abs. 1 Satz 2 ThürSABAusglVO).

.....

Ort, Datum Unterschrift des Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters (Dienstsiegel)

E. Prüfungen und Bestätigungen der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde

Rechtsaufsichtsbehörde: .....

Ansprechpartner: .....

Telefon/ Telefax: .....

E-Mail: .....

Der Antrag der Gemeinde ist eingegangen am: .....

☐ Es wird bestätigt, dass eine Schlüssigkeits- und Vollständigkeitsprüfung des Antrages, einschließlich der vorgelegten Nachweise, durchgeführt wurde.

Die Angaben der Gemeinde stimmen mit den bei der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegenden Unterlagen

☐ überein.

☐ nicht überein.

Es wurden folgende Unstimmigkeiten festgestellt beziehungsweise konnten nicht abschließend geklärt werden:

.....

.....

Der Abschlagszahlungsantrag der Gemeinde ist

☐ vollständig.

☐ noch nicht vollständig, wird aber weitergeleitet, weil die Frist nach § 5 Abs. 4 Satz 4 Halbsatz 2 ThürSABAusglVO abläuft am: .....

Von der Gemeinde wurden zur Vervollständigung des Abschlagszahlungsantrags folgende Unterlagen nachgefordert, die der Rechtsaufsichtsbehörde noch nicht vorgelegt wurden:

.....

.....

.....

.....

Ort, Datum Unterschrift, Funktion (Dienstsiegel)